



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

3. Sitzung vom 07. November 2016

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Susanne Tribolet (Präsidentin)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Stephan Appenzeller

Verspätet:

Präsidentin:

Susanne Tribolet

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP begrüsst die Einwohnerrät/innen, Gemeinderät/innen, Pressevertreter/innen, Vetreter/innen der Verwaltung und insbesondere das anwesende Publikum.

Entschuldigt ist Stefan Appenzeller.

Die Präsidentin begrüsst zudem Linda Weick. Sie hat im Oktober bei der Gemeindeverwaltung Binningen angefangen und ist vor allem für das Sekretariat des Einwohnerrats zuständig. Die Mitglieder der GRPK haben sie bereits an der letzten Kommissionssitzung kennengelernt.

Die Präsidentin heisst Linda Weick herzlich willkommen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Neue Vorstösse (sie liegen auf):

Nr. 16, Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz in Binningen mit dem öffentlichen Verkehr

Brigitte Strondl, SP verzichtet auf Anfrage der Präsidentin auf eine Stellungnahme zu ihrem Postulat.

Nr. 17, Anfrage Ph. Spitz, SP und U. Weber, SVP: Schwimmunterricht für Sekundarschüler im Hallenbad Binningen ab 2017

Philippe Spitz, SP führt aus, dass er sich gemeinsam mit Urs Weber im Anschluss an eine Sitzung letzte Woche gefragt habe, wie es nun mit dem Schwimmunterricht in der Sekundarschule Binningen-Bottmingen weitergeht. Diese Frage stellt sich und darauf wollten sie noch dieses Jahr eine Antwort.

Nr. 18, Anfrage M. Schinzel: Weiterführung des Schwimmunterrichts an der Sekundarschule Binningen-Bottmingen

Marc Schinzel, FDP hatte die gleichen Gedanken wie sein Vorredner: Wie geht es mit dem Schwimmunterricht weiter?

Nr. 20, Dringliche Motion SP-Fraktion, G. Löhr: Apéro nach der ER-Sitzung im Dezember

Gaida Löhr, SP ist der Ansicht, sie müsse die Motion erklären, da diese dringlich ist. Die Votantin hofft, dass der Vorstoss dringlich erklärt wird. Das heisst die Dringlichkeit muss erklärt werden und vielleicht auch, weshalb eine Motion gemacht wurde für den Betrag von 1 500 Franken, was so aussieht, als würde man mit Kanonen auf Spatzen schiessen. Formal ist es aber richtig. Der Einwohnerrat hat im Dezember 2013 das Budget zurückgewiesen mit der Forderung einer schwarzen Null. Im Januar hat man eine lange Liste von Sparmassnahmen erhalten, welche mehrheitlich in globo abgenommen wurde. Eine dieser Massnahmen, nämlich die Nummer 10, war die Streichung des Budgets für einen Apéro im Anschluss an die Dezember-Sitzung. Das heisst es ist ein Einwohnerratsbeschluss.

Irgendwie war es einem dann doch nicht so wohl mit diesem Entscheid. Ein Jahr später haben die Grünen unter Rahel Bänziger einen Apéro offeriert und ein Jahr darauf die SVP. Das war sehr nett und da Wahlen waren, war es wahrscheinlich auch relativ sinnvoll für diese beiden Parteien. Weniger nett findet es die SP, dass jetzt die Forderung kommt, sie müsse das nun machen. Aus einer netten Geste wurde bereits ein kleiner Zwang. Es kann nicht sein, dass Parteien mit ihren Mitgliederbeiträgen einen Apéro offerieren müssen. In anderen Demokratien gibt es Parteienfinanzierung, das heisst der Staat unterstützt die Parteien bei ihrem Engagement in der Politik, wohingegen Binningen meint, es müsse umgekehrt sein. Die SP wird den Apéro auf jeden Fall nicht finanzieren – mit voller Überzeugung. Die Mitgliederbeiträge der SP dienen dem politischen Engagement.

Die Dringlichkeit ist gegeben, weil der Apéro an der nächsten Einwohnerratssitzung wäre. Das heisst man muss heute entscheiden. Eine Motion muss es sein, weil es ein Einwohnerratsentscheid war, der die 1 500 Franken verbietet. Es ist völlig klar, dass der Gemeinderat die Kompetenz hat 1 500 Franken auszugeben, ausser dort, wo es der Einwohnerrat ausdrücklich verboten hat. Es ginge nun darum zuerst die Dringlichkeit zu beschliessen und hinterher darüber zu reden, ob man dem Gemeinderat die Kompetenz zurückgeben möchte, selbst zu entscheiden, ob er diesen Riesenbetrag ausgeben möchte.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet erklärt, dass die Fraktionen zur Dringlichkeit der Motion Stellung nehmen dürfen.

Rahel Bänziger, Grüne möchte sich zur Dringlichkeit äussern. Gleichzeitig steht aber eine üble Unterstellung im Raum, aufgrund der sie sich die Freiheit nimmt, sich zu wehren. Die Dringlichkeit sehen die Grünen ein. Es ist dringlich, wenn der Entscheid bis im Dezember getroffen werden muss. Die Grünen werden der Dringlichkeit daher zustimmen. Zur Unterstellung die Grünen hätten den Apéro nur offeriert, da Wahlkampf war, möchte die Votantin noch Stellung nehmen. Soweit sie sich erinnern kann, war der Apéro im Dezember 2014. Da waren die Wahlen noch weit weg. Diese Unterstellung möchte sie daher von sich weisen und nicht auf den Grünen sitzen lassen.

Stefan Kaiser, FDP erachtet es als legitim, dass die SP den Apéro nicht finanzieren möchte. Es ist angesichts der zwei vorherigen Jahre aber überhaupt keine Notwendigkeit, dass man das Gefühl haben müsste, es sei bereits eine Tradition. Über Weihnachten gibt es genug Apéros, an welchen man sich götlich tun kann. Im Sinne der Gesundheit wird die FDP der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Urs Brunner, SVP fragt sich wieso die SP jetzt mit einer solchen Vorlage gekommen ist. Sie hatte 2 Jahre Zeit zum Entscheiden. Die SVP lehnt die Dringlichkeit der Motion ab.

Thomas Hafner, CVP erläutert, dass es auch für die CVP-Fraktion schwer verständlich sei, dass ein Dezember-Apéro für die SP-Fraktion eine solche Wichtigkeit habe. Für die CVP ist klar, das verdient keine Dringlichkeit.

Gaida Löhr, SP erklärt, dass es gerade umgekehrt sei. Die SP hat den Apéro gar nicht so wichtig genommen und hat sich unter dem Jahr keine Gedanken darüber gemacht, ob sie im Dezember einen Apéro ausrichten möchte oder nicht. Es war einfach klar: die Partei will nicht, da sie es bereits davor keine gute Idee fand, dass die Parteien das machen. Jetzt im Oktober wurde man mehrfach von Ratskollegen angefragt, ob die SP den Apéro nun ausrichtet. Dann hiess es: Was, ihr richtet keinen Apéro aus? Dann müsst ihr aber gute Gründe haben. Das heisst, es wurde ein gewisser Druck aufgebaut. Deswegen sagt die SP-Fraktion klar öffentlich: Entweder macht es die Gemeinde oder die SP nicht. Diese Frage muss dringend entschieden werden. Wenn man die Dringlichkeit jetzt nicht beschliesst, dann heisst das, der Rat möchte keinen Apéro, denn die SP macht ihn nicht. Dann ist das für die Partei auch in Ordnung.

Die Präsidentin erklärt, dass es für die Feststellung der Dringlichkeit eine 2/3-Mehrheit braucht.

://: Die dringliche Behandlung der Motion der SP-Fraktion, G. Löhr: Apéro nach der ER-Sitzung im Dezember, wird mit 26 Nein zu 11 Ja bei 2 Enthaltungen nicht beschlossen.

Nr. 21, Postulat CVP-Fraktion: Easyvote-Abstimmungsbüchlein

Patricia Bräutigam, CVP erläutert die Gedanken der CVP zum eingereichten Postulat. Die CVP ist der Meinung, es sei für die Politik in unserem Land essentiell, dass auch die jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Entscheidungen mittragen und mitgestalten. Doch leider beteiligt sich diese Alters-

gruppe nur beschränkt an Abstimmungen. Das lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass ihnen die Themen zu komplex sind und die offiziellen Abstimmungserläuterungen von Bund und Kanton dabei nicht weiterhelfen. Speziell auch diejenigen, bei welchen die Eltern zuhause nicht über Politik diskutieren, sind mit den offiziellen Informationen überfordert und gehen schlussendlich auch nicht zur Urne. Dem will das Abstimmungsbüchlein von Easyvote Abhilfe leisten, indem die Vorlagen neutral, kurz und einfach erklärt werden. Erste Studien haben bereits gezeigt, dass die Qualitäten durchaus da sind. Insbesondere diejenigen, welche davor nicht oder nur teilweise zur Abstimmung gingen, lassen sich durch die Abstimmungsbüchlein gut mobilisieren. Insgesamt sind rund 80 Prozent der Leser der Abstimmungsbüchlein am Schluss auch an der Urne. Darum ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass es eine sinnvolle Investition für die Gemeinde wäre und damit für die Jungen und unsere Zukunft.

Nr. 22, Postulat SVP-Fraktion: Erstellen von einer Online-Plattform für die Wahlen 2020

Roman Oberli, SVP nimmt an, dass sich alle noch an den letzten Wahlkampf erinnern mögen: verrissene Plakate am Boden und eine mediale Schlammschlacht. Zudem sind dem Votanten viele Stimmen zu Ohr gekommen, die nicht wussten wen sie wählen sollen, weil ihnen nicht klar war für was die Kandidaten stehen. Dafür gibt es eine ganz einfache Lösung. Diese heisst zum Beispiel Smartvote. Dort können Kandidaten freiwillig Fragen ausfüllen und genauso können dies auch die Wählerinnen und Wähler machen. Anhand der Ergebnisse sehen sie, welcher Kandidat/welche Kandidatin für sie geeignet ist.

Nr. 23, Motion SVP-Fraktion: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat

Urs Brunner, SVP hat keine weiteren Begründungen zur eingereichten Motion.

Bereinigung der Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP hält fest, dass zwei Anträge vorliegen. Zum ersten beantragt die GRPK, dass der Rat das Geschäft 88 der letzten Legislaturperiode: Modifikation des Art. 41 der Gemeindeordnung respektive den Zwischenbericht der GRPK, traktandiert und behandelt. Das Geschäft wurde nicht fristgerecht zugestellt, das heisst zur Aufnahme in die Traktandenliste braucht es eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

://: Das Geschäft 88/XI wird einstimmig in die Traktandenliste aufgenommen und vor dem Traktandum Diversa behandelt.

Die Präsidentin ergänzt, dass ein weiterer Antrag von Pascal Treuthardt vorliege. Der Rat erhielt heute zwei neue Anfragen zum Thema Schwimmunterricht an der Sekundarschule. Normalerweise werden Anfragen am Schluss der Sitzung behandelt. Der Vorschlag wäre, die Anfragen unmittelbar nach dem Traktandum 2, also nach der mündlichen Information des Gemeinderats zum Thema Sanierung Sockelgeschoss Neusatz-Schulhaus, beantworten zu lassen.

://: Die beiden Anfragen, Geschäft Nr. 17 und 18, werden unter Traktandum 2A beantwortet. (einstimmig)

1. **Genehmigung des Protokolls vom 12.09.2016**

2. Mündliche Information des Gemeinderats vom 18.10.2016
Sanierung Sockelgeschoss Neusatz-Schulhaus: weiteres Vorgehen
 Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein

- 2A. **Anfrage von Ph. Spitz, SP und U. Weber, SVP:** Schwimmunterricht für Sekundarschüler im Hallenbad Binningen ab 2017 **17**
Anfrage von M. Schinzel, FDP: Weiterführung des Schwimmunterrichts an der Sekundarschule Binningen-Bottmingen **18**

3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.09.2016 **14**
Allmendreglement, Teilrevision
 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.09.2016 **15**
Genehmigung von Abrechnungen diverser Investitionskredite
 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.09.2016 **203/XI**
Revision Vergütungsreglement
 Geschäftskreisführung: Mike Keller

6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.09.2016 **208/XI**
Postulat SVP-Fraktion ‚Keine Klöpfer mehr für Binnerer Schüler?‘
 Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein

7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.09.2016 **13**
Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungserläuterungen
 Geschäftskreisführung: Mike Keller

8. Bericht/Antrag der GRPK vom 20.10.2016 **88/XI**
Modifikation Gemeindeordnung Art. 41, Zwischenbericht der GRPK
 Geschäftskreisführung: Christoph Anliker

9. **Diversa**

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 12.09.2016

Präsidentin Susanne Tribolet, SP erläutert, dass keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen seien. Das Büro hat das Protokoll letzten Freitag gutgeheissen und verdankt.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Mündliche Information des Gemeinderats zur Sanierung Sockelgeschoss Neusatz-Schulhaus: weiteres Vorgehen

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP führt aus, dass es sich um eine Information handle. Es ist kein Geschäft des Einwohnerrats, das heisst anschliessend findet keine Diskussion oder Beratung statt.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte die Anwesenden über das weitere Vorgehen der Sanierung Sockelgeschoss des Schulhauses Neusatz informieren. Die Ursache für die notwendige Sanierung des Sockelgeschosses unter der Turnhalle ist eine fehlende Feuchtigkeitsabdichtung. Der Schimmel ist ein Folgeschaden und wird mit der Schadensanierung behoben.

Zu den Verhandlungen: Es wurde ein gerichtlich verwendbares und von allen Parteien akzeptiertes Gutachten zur Schadenursache und deren Behebung erstellt. Die Beweissituation wurde erhoben und wird von allen Parteien akzeptiert. Alle Schadenspositionen der Gemeinde, das heisst alle Schadensfolgekosten sind lückenlos erfasst worden und werden gegenüber dem Schadenverursacher geltend gemacht. Zurzeit sind die involvierten Versicherungen untereinander am Verhandeln, ob und in welchem Umfang sie für diesen Schaden aufkommen und melden der Gemeinde bis Ende November ihren Entscheid. Bei den gemeindeeigenen Versicherungen besteht keine Deckung, da erwiesenermassen Haftpflichtige vorhanden sind.

Zur Sanierung: Es liegen zwei Gutachten vor mit unterschiedlichen Sanierungsvarianten und unterschiedlichen Risikobeurteilungen. Die Ziele sind 1. die Risikominimierung bei der Sanierung, 2. die Kostenoptimierung und 3. die Minimierung des Prozessrisikos. Die Verwaltung hat den Auftrag für die Sanierungsmassnahmen einen Kreditantrag auszuarbeiten im Rahmen von +/- 10 Prozent. Der Gemeinderat hat dafür einen Planungskredit gesprochen. Im Rahmen der Schulraumplanung hat der Einwohnerrat am 10.12.2012 unter anderem einen Kredit für den Ausbau des Sockelgeschosses der Turnhalle Neusatz über 915 000 Franken gesprochen mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 Prozent. Innerhalb der Kreditlimite wurde bisher per 31.12.2015 1,04 Millionen Franken ausgegeben. Für die Sanierungsmassnahmen wird ein Nachtragskredit notwendig. Dazu wird dem Einwohnerrat am 6. Februar 2017 ein Geschäft vorgelegt. Der Gemeinderat ist bestrebt, die Sanierung möglichst rasch abzuschliessen.

Zum Provisorium Mittagstisch: Der provisorische Betrieb des Mittagstischs im Garderobengebäude Spiegelfeld ist gut angelaufen und soll, bis genaueres zum Sanierungszeitplan bekannt ist, weiter laufen. Vorabklärungen für ein Provisorium auf dem Schulareal wurden durchgeführt. Die relativ hohen Kosten lassen sich jedoch im Hinblick auf die angestrebte Sanierung im 2017 nicht rechtfertigen. Zudem besteht bei einer Bestellung eine Lieferfrist von 3 Monaten. Die Lehrpersonen, Anwohner und Eltern werden, analog dem Einwohnerrat heute Abend, mit einem Brief schriftlich informiert. Dieser Brief ist unterwegs.

Anfrage von Ph. Spitz, SP und U. Weber, SVP: Schwimmunterricht für Sekundarschüler im Hallenbad Binningen ab 2017**Anfrage von M. Schinzel, FDP: Weiterführung des Schwimmunterrichts an der Sekundarschule Binningen-Bottmingen**

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP führt aus, dass sich der Gemeinderat für die Fortführung des Schwimmunterrichts in der Sekundarschule Spiegelfeld einsetze. Nachdem der Regierungsrat und der Landrat einen negativen Entscheid gegeben haben, ist die Gemeinde in Verhandlungen getreten mit der Sekundarschule Binningen-Bottmingen und der Gemeinde Bottmingen. Es geht darum eine Lösung zu erarbeiten, sodass der Schwimmunterricht an der Sekundarschule langfristig durchgeführt werden kann. Der Gemeinderat kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Verhandlungserfolg melden. Er bleibt am Ball und schaut, dass bis Ende Jahr eine Lösung gefunden werden kann.

Traktandum 3**Nr. 14****Allmendreglement, Teilrevision**

Präsidentin Susanne Tribolet, SP fragt an, ob das Eintreten bestritten wird. Das ist nicht der Fall.

Philippe Spitz, SP teilt mit, dass es eine Freude war, die Vorlage zu studieren. Die Vorlage ist tiptopp präsentiert mit Synopse, Fahne wie man das im Bundesjargon nennt, und Erläuterungen. Sie ist klar und gut strukturiert. Man hat auch bereits einen Blick in die Verordnung, deren Erlass in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Die Verordnung wurde ebenfalls vollständig teilrevidiert. Damit liegt das volle Paket vor und der Einwohnerrat kann das Gesamtpaket beurteilen. Der Votant spricht dem zuständigen Abteilungsleiter der Bauverwaltung Martin Ruf ein dickes Lob dafür aus.

Inhaltlich: Es geht um einen Konzeptwechsel bei der Gebühr: von einer Einheitsgebühr zu einer Grundgebühr und Normalgebühr. Darin ist ein aufwandgerechter Sockelbetrag enthalten, weil jede Bewilligung einen gewissen Sockelaufwand bedingt. Da die Grundgebühr relativ moderat ist, wirkt sie sich nicht unsolidarisch gegenüber den Kleinen aus, sodass die SP das in diesem Sinne durchwinken kann. Man möchte keine Verteuerung von Folgebewilligungen. Das nimmt die SP so zur Kenntnis. Zudem wird keine Erhöhung der Quadratmetergebühr vorgenommen. Diese bleibt bei einem Franken. Darüber kann man streiten und könnte einen Abend lang diskutieren, ob ein Franken sinnvoll ist oder CHF 1.50. Die SP ist der Meinung, dass dies insofern einheitlich ist, weil Allschwil, Oberwil und Bottmingen die gleiche Gebühr haben. Basel ist wahrscheinlich anders gelagert. Dass es neu eine formelle Bewilligung für Grabarbeiten braucht, sieht die SP nicht als Problem. Das hat man bisher ohnehin so gehandhabt und es macht auch Sinn, dass man dafür eine Bewilligung einholen muss.

Es geht vor allem um Baustellen und Abstellflächen auf der Allmend inklusive Parkplätze. Binningen ist etwas anders gelagert als Basel. Es geht nicht um Wurst-, Glace-, Kaffee- oder Werbestände, wie dies zum Beispiel im Hauptbahnhof Zürich oder an der Südspitze von Manhattan von Bedeutung ist, und wo eine Gemeinde auch noch die hohle Hand machen könnte. Binningen ist etwas anders gelagert. Aus diesem Grund würden zwei Tarife hier keinen Sinn machen. Ob Mehreinnahmen generiert werden können, dürfte sich zeigen. Die SP-Fraktion ist für eine Verabschiedung des Reglements und für den Verzicht auf eine Überweisung in die Bau- und Planungskommission (BPK) oder sogar in eine Spezialkommission.

Beatrice Büschlen, Grüne dankt dem Gemeinderat im Namen der Grünen-Fraktion für die mustergültige Vorlage. Alle relevanten Informationen sind vorhanden. Auch die Aufstellung der Kennzahlen über einen

Zeitraum von 10 Jahren lässt interessante Erkenntnisse zu. Die Beschreibung der Änderungen ist verständlich und leuchtet ein. Das kurze und bündige Fazit der Grünen: eine sinn- und massvolle Teilrevision des Allmendreglements. Die Fraktion stimmt zu.

Daniel Zimmermann, FDP führt aus, dass die FDP-Fraktion das Geschäft studiert habe und bedankt sich ebenfalls für die sehr detaillierte und gute Vorlage. Die erhobenen Auswertungen zur Beanspruchung der Binniger Allmend sind interessant und bestätigen in der Gesamtbeurteilung, dass in Binningen zurzeit ein grosser Bauboom besteht. Das ist auf der einen Seite gut für die Wirtschaft. Auf der anderen Seite belasten die Bautätigkeit und der Verkehr die Allmend respektive die Strassen sehr stark. Für die betroffene Anwohnerschaft ist das nicht immer einfach zu ertragen. Die FDP ist froh, dass der Beschluss aus dem Jahr 2011 doch noch umgesetzt und die Gebührenverordnung angepasst wurde. Mit der Zielsetzung die Allmendbenutzung für Private zu optimieren und die Benutzungsdauer zu reduzieren, hat man nun eine griffige Allmendbewirtschaftung, welche durch vermehrte Kontrolltätigkeit die Wohnqualität in Binningen verbessert. Die FDP ist grundsätzlich zufrieden mit der Vorlage und ist für das Eintreten der Lesung. Bei der Detailberatung des Reglements hat die FDP beim § 11 noch einen Antrag deponiert.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich namens der CVP-Fraktion für die gute Vorlage. Sie ist sehr detailliert. Im Februar 2011 hat der Einwohnerrat beschlossen, dass ihm der Gemeinderat ein neues Allmendreglement mit höheren Gebühren vorschlagen soll. Grundsätzlich ist die CVP zwar nicht für höhere Gebühren, aber in diesem Fall teilt sie die Meinung der ehemaligen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), welche in ihrem Bericht aus dem Jahr 2011 eine Anpassung und Erhöhung dieser Gebühren als notwendig fordert. Die Bautätigkeit in Binningen hat in den letzten Jahren wieder stark zugenommen. Das ist sicher auch ein gutes Zeichen. Die Allmendbenutzung wird mit dem neuen Reglement stärker nach dem Verursacherprinzip verrechnet und die Benutzungsdauer könnte vielleicht etwas reduziert werden. Die Teilrevision bringt sicher einige neue Regelungen. Der Votant denkt dabei an die Erhöhung der Grundgebühr und die Einführung einer Malusgebühr für Folgebewilligungen. Das Gebührenmodell ist identisch mit den Nachbargemeinden. Die CVP unterstützt den Antrag und wird der Teilrevision zustimmen.

Roman Oberli, SVP teilt mit, dass sich auch die SVP für den ausführlichen Bericht bedanke. Die meisten Argumente wurden bereits genannt. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen können.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP fragt an, ob es weitere Wortmeldungen zum Eintreten gibt. Das ist nicht der Fall.

://: Das Eintreten ist stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Seite 1 der Synopse
keine Wortmeldung

Seite 2
keine Wortmeldung

Seite 3

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, die FDP habe, wie bereits erwähnt, einen Antrag zu § 11. Der Antrag lautet: „Bei grösseren Bauvorhaben respektive starker Beanspruchung der Allmend kann der Gemeinderat im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Baustellenverkehrsmanagement verlangen.“ Was ist der Gedanke hinter diesem Antrag? In letzter Zeit stellt man fest, dass sich bei Grossbaustellen auswärtige

Materiallieferanten und sonstige Transportfahrzeuge in den Quartieren verirren, weil sie die Örtlichkeiten nicht kennen und weil sie einfach nicht wissen, wo sie durchfahren müssen. Die FDP ist der Meinung - und das ist in anderen Gemeinden Usus -, dass man solche Baustellenverkehrsmanagements bei grösseren Baustellen durchaus verlangen dürfe. Diese dienen der Wohnqualität und der Verkehrssicherheit in unseren Quartierstrassen. Und es ist vermutlich auch für den Unternehmer viel Geld gespart, wenn er eine Baustelle nach einem geordneten Konzept direkt anfahren kann.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP merkt an, dass dieser Antrag § 11 Abs. 4 betreffe, welcher auf Seite 5 der Synopse zu finden ist.

Rahel Bänziger, Grüne findet den Vorschlag gut und wünscht sich nochmals den genauen Wortlaut des Antrags zu hören.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP liest den Antrag vor. Der neu beantragte Absatz 4 heisst: Bei grösseren Bauvorhaben respektive starker Beanspruchung der Allmend kann der Gemeinderat im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Baustellenverkehrsmanagement verlangen.

://: Die Aufnahme des Absatzes 4 in § 11 des Allmendreglements wird einstimmig angenommen.

Seite 6

keine Wortmeldung

Seite 7

keine Wortmeldung

Seite 8

Keine Wortmeldung

Seite 9

keine Wortmeldung

Seite 10

keine Wortmeldung

Seite 11

keine Wortmeldung

Seite 12

keine Wortmeldung

Präsidentin Susanne Tribolet, SP hält fest, dass die Detailbehandlung damit erledigt sei. Es handelt sich um eine Teilrevision. Das heisst wenn es keinen Antrag aus dem Rat gibt, dann reicht eine erste Lesung und der Einwohnerrat könnte das Reglement heute verabschieden.

Es gibt keinen Antrag auf eine zweite Lesung. Die Präsidentin ruft zur Schlussabstimmung auf.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Teilrevision des Allmendreglements mit Änderungen.

Genehmigung von Abrechnungen diverser Investitionskredite

Präsidentin Susanne Tribolet, SP fragt an, ob das Eintreten bestritten wird. Das ist nicht der Fall.

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, dass sich die Grüne-Fraktion über die Abrechnungen freue. Es ist ein Beweis, dass Voranschläge auch mit +/- 10 Prozent funktionieren. Bei der Abrechnung Tiefengraben hat sich die Fraktion gefragt, wieso die Wasserhaltung nicht benötigt wurde. Vielleicht kann die zuständige Gemeinderätin den Einwohnerrat noch darüber aufklären. Beim Investitionskredit Schafmattweg von 2014 wurden damals die Arbeiten der Werke und die Anschlüsse von Fernwärme erwähnt. In der damaligen Beantwortung wurde von einem neuen Fernwärmeanschluss gesprochen. In diesem Zusammenhang wurde eine Dringlichkeit erklärt, um diese Strasse zu sanieren. Hier wollten die Grünen wissen, wie viele Anschlüsse schlussendlich vorbereitet und angemeldet oder installiert wurden. Die Verwaltung teilte auf Anfrage mit, dass drei Liegenschaften mit Wärme neu angeschlossen werden konnten. Also ein positiver Nebeneffekt. Und obwohl der Einwohnerrat den Investitionskredit damals auf 200 000 Franken gekürzt hat, wurde dieser nicht ganz ausgenutzt. Es geht also.

Seinerzeit wurde die Streichung der Teuerung verlangt. Der Gemeinderat hat die Kreditsprechung dringlich gemacht, wegen der Wärmeschiene Leimental und wegen der Fernwärmeanschlüsse. Diese Strassenarbeiten mussten daher innert Jahresfrist erledigt werden. Es gab also keine Teuerung. Deswegen war die Bemerkung zur Teuerungsrechnung etwas irritierend. In beiden Projekten fiel keine Teuerung an. Die Grüne-Fraktion ist überzeugt, dass der Einwohnerrat das Teuerungssystem kennt. Deswegen war die Erwähnung nicht unbedingt nötig, aber vielleicht ist dieser Abschnitt noch aus früheren Vorlagen stehen geblieben. Die Grüne-Fraktion freut sich und wird beiden Abrechnungen zustimmen.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich im Namen der CVP-Fraktion beim Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die beiden klaren, übersichtlichen Schlussabrechnungen. Man ist am Anfang einer neuen Legislatur mit einem neu zusammengesetzten Gemeinderat. Es ist erfreulich, dass die Übersichtlichkeit, welche am Schluss bei den letzten Abrechnungen der vergangenen Legislatur vorlag, auch nahtlos wieder ähnlich klar übernommen wurde. Mit den Objektarten sind die ehemaligen Geschäftsnummern, Beschlüsse usw. klar nachvollziehbar. Die Fraktion nimmt auch erfreut zur Kenntnis, dass sich sogar beide Abrechnungen innerhalb der 10 Prozent Budgettoleranz befinden.

Betreffend der Teuerung: Das hat den Votanten gar nicht gestört. Es ist eine klare Auflistung der Teuerung. Er fand das gut, auch wenn es hier nicht gebraucht wurde. Beim Schafmattweg ist die CVP froh, dass die Gemeinde Binningen dem Rat der kantonalen Fachstelle gefolgt ist und dem vorher geplanten, gefährlichen Gegenverkehr für die Velofahrer nicht zugestimmt hat. Die CVP-Fraktion genehmigt beide Schlussabrechnungen.

Urs Brunner, SVP findet es erfreulich, dass die Kosten an der Tiefengrabenstrasse nur um 4 Prozent überschritten und beim Schafmattweg sogar um 6,7 Prozent unterschritten wurden. Die SVP-Fraktion stimmt beiden Anträgen zu.

Christoph Maier, FDP meint, dass es zu dieser Abrechnung eigentlich nicht viel zu sagen gebe, ausser, dass man sich, wie die Vorredner bereits erwähnten, bedanken kann für die Klarheit der Vorlage. Es sind alle Informationen vorhanden, welche man sich bei einer solchen Abrechnung wünscht. Man kann es deswegen auch sehr kurz fassen. Sowohl was abgerechnet wurde, aber auch wie es abgerechnet wurde, ist aus der Sicht der FDP-Fraktion mustergültig. Die Fraktion wird beiden Anträgen zustimmen.

Philippe Spitz, SP führt aus, dass man gemeinsam betrachtet von einer Punktlandung reden könne. Ob das an der Übervorsicht bei den Ausgangszahlen liegt, bleibt offen. Ebenso bleibt offen, ob die Punktlandung bedeutet, dass die Gemeinde günstig zu diesen Bestellungen gekommen ist. Etwas schade ist

natürlich, dass man mit dem Velo nicht im Gegenverkehr durch den Schafmattweg fahren kann. Aber das scheint durch die Verkehrssicherheit nicht möglich zu sein, da kann die SP-Fraktion folgen. Sie kann die beiden Rechnungen zur Genehmigung unterbreiten lassen und würde zustimmen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage und wird die Voten gerne in die Abteilung weitergeben, welche das Geschäft vorbereitet hat. Zur Frage bezüglich Wasserleitungen möchte die Gemeinderätin gerne kurz Antwort geben. Es ist so, dass diese im Kredit separat ausgewiesen waren. In der Offertstellung hat der Unternehmer, welche die Kanalisation und Entwässerung offerierte, das dort bereits intergiert. Diese 15 000 Franken, welche in der Wasserhaltung im Kredit waren, sind in Entwässerung und Kanalisation eingeflossen. Es wurde zwar trotzdem etwas teurer, aber der Posten oben ist dort enthalten.

Da es keine weiteren Voten gibt, geht die Präsidentin zur Schlussabstimmung über.

BESCHLUSS

- ://:** 1. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Neubau Regenauslässe Tiefengrabenstrasse» mit Gesamtkosten von CHF 249 525.35 und Mehrkosten von CHF 9 525.35 einstimmig.
- ://:** 2. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Strassensanierung Schafmattweg» mit Gesamtkosten von CHF 186 681.05 und Minderkosten von CHF 13 318.95 einstimmig.
-

Traktandum 5

Nr. 203/XI

Revision Vergütungsreglement

Eintretensdebatte

Gaida Löhr, SP führt aus, die SP begrüsse das Vergütungsreglement, so wie es jetzt vorliegt. Es geht an und für sich ja lediglich darum, dass einige Sachen, die sich geändert haben, angepasst werden. Zum einen geht es um die Streichung der Vormundschaftsbehörde, welche es nicht mehr gibt, zum anderen um die Anpassung des Feuerwehrsolds. Man müsste eigentlich auch die Sekundarschule raus streichen. Es ist seit ca. 6 Jahren so, dass die Gemeinde nichts mehr daran zahlt. Die Votantin hat aber auch nichts dagegen, wenn man es nicht streicht. Sie würde sich dann überlegen, ob man vielleicht rückwirkend das, was man nicht bekommen hat, noch einkassieren könnte. Aber ansonsten müsste man das vielleicht streichen. Das heisst es gäbe noch kleine Änderungen.

Grundsätzlich hat sich die Rednerin auch gefragt, ob man in § 2, der Vollständigkeit halber, die Stimmenzähler und die Feuerwehr nicht bereits erwähnen müsste und, ob man in § 6 die Feuerwehr nicht nur da erwähnen könnte, wo sie anders entschädigt wird als die Anderen. Das heisst, es gäbe aus Sicht der SP einiges, was man noch ein wenig ändern müsste an dieser Vorlage. Deswegen stellt die Fraktion den Antrag auf eine zweite Lesung, in welcher ein Reglement vorliegt, das wirklich super ist.

Stephan Meyer, FDP teilt mit, die FDP unterstütze den Antrag. Es geht darum, dass, seit 3 Jahren hängig, im Vergütungsreglement alle Vergütungen geregelt sein sollten und nicht mehr im Feuerwehrreglement. Darum ist es gut, dass dies jetzt auch da rein kommt. Darum unterstützt die FDP den Antrag.

Urs Weber, SVP erklärt, dass sich auch die SVP-Fraktion über das Reglement gebeugt und es sich angeschaut habe. Das Meiste haben die Vorredner bereits gesagt. Die SVP wird die Anträge des Gemeinderats durchwinken.

Rahel Bänziger, Grüne erläutert, dass die Grünen die Notwendigkeit sähen, dass das mit der Feuerwehr angepasst werden muss. Auf Antrag der FDP wurde die Feuerwehr ins Reglement aufgenommen und nicht in der Verordnung belassen. Es gibt einige Punkte, welche bereits erwähnt wurden und aus Sicht der Fraktion eine zweite Lesung nötig machen. Die Votantin wäre froh, man hätte für die zweite Lesung ein bereinigtes Reglement vorliegen mit den Sachen, die jetzt bereits festgestellt wurden. Es stellen sich neben der Feuerwehr noch andere Fragen. Die Grüne-Fraktion denkt, dass das Reglement einmal einer Totalrevision unterzogen werden müsste. Die Rednerin hofft, dass, wenn man sich zu einer zweiten Lesung durchringen könnte, sich die Fraktionen auf die zweite Lesung überlegen könnten, welche Vorschläge sie dem Gemeinderat für eine Ausarbeitung einer Totalrevision des Reglements auf den Weg geben könnten. Es ist so, dass vor allem auch die Entschädigungen der Präsidien und Vizepräsidien der verschiedenen Kommissionen diskutiert werden könnten, genauso wie die Entschädigungen eines normalen Gemeinderatsmitglieds gegenüber dem Präsidium. Die Votantin sieht hier Anpassungsspielraum. Man könnte sonst auch in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Andrea Alt, CVP führt aus, dass für die CVP-Fraktion das Eintreten auf das Geschäft ebenfalls unbestritten sei und sie den Anträgen des Gemeinderats zustimmen werde. Wie die Vorredner bereits erwähnten, bedauert es auch die CVP ein wenig, dass das Reglement nicht in der Form vorliegt, in welcher man schlussendlich darüber abstimmen würde und, dass noch Anpassungen zu machen sind. Mehr dazu in der Detailberatung.

Sven Inäbnit, FDP rekapituliert, dass die FDP-Fraktion klar gesagt hat, dass sie das Reglement, so wie es vorliegt, mit den notwendigen Anpassungen unterstützen werde. Es ist Zeit, dass das in Kraft tritt mit den Änderungen, welche unbestritten sind.

Aber die FDP wird eine Totalrevision des Reglements anstreben. Es hat viele Punkte, die die Fraktion so in Zukunft nicht mitnehmen möchten. Es geht um Entschädigungsfragen zum Beispiel für die Vizepräsidien der Behörden und Kommissionen, welche aus heutiger Sicht durchaus fraglich sind. Es sind Fragen bezüglich dem, was in einem Postulat vor zwei Jahren behandelt wurde, nämlich die Regelung der Zusatzentschädigungen von Mandatsträgern. Es steht nach wie vor nichts darüber, wie damit verfahren wird. Es gibt viele offene Punkte in dieser Richtung, welche die FDP gerne, wie damals vom Gemeinderat zugesichert, im Rahmen der Revision des Vergütungsreglements fixiert haben möchte. Im Weiteren geht es auch grundsätzlich um die Entschädigungen und darum, diese noch einmal anzuschauen. Es gibt die Frage von Zusatzmandaten des Gemeinderats in Gremien. Ob diese im Rahmen des normalen Fixums abgegolten werden sollen oder nicht, dazu schweigt sich das Reglement ebenfalls aus.

Es hat also einige Punkte, welche die FDP-Fraktion gerne klären würde. Aber nicht in einer zweiten Lesung. Das ist nicht seriös und gibt im Rat eine Kommissionsberatung, weil doch etliche Punkte nachher betroffen wären. Also entweder gibt man es in eine Spezialkommission, was die FDP auch nicht unterstützt. Man möchte das Reglement so wie es ist, mit den Änderungen punkto Feuerwehr nun durchwinken. Aber die Partei stellt in Aussicht, dass sie sicher mit einem Vorstoss oder irgendwie anregen wird, dass die Änderungen in Form einer Totalrevision aufgenommen werden.

Urs Brunner, SVP teilt mit, auch die SVP-Fraktion sei für die Zustimmung der beiden Anträge und gegen eine zweite Lesung.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte sich zuerst herzlich bedanken für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts und auch für die Rückmeldungen. Er hat sich den Punkt Sekundarschulrat notiert. Das, was hier abgegeben wurde, ist die ursprüngliche Fassung des Reglements und ist datiert vom 25. April 2005. Im Zusammenhang mit dem Schulrat steht bereits der Hinweis, dass das limitiert ist. Es ist nicht so, dass das nicht korrigiert wurde, sondern es heisst in § 12a Übergangsbestimmung: Regelung gemäss Artikel 5 Abs. 2., das betrifft nun den Sekundarschulrat, gilt nur bis 30. Juni 2012. Das ist aus der Chronologie heraus. Es handelt sich um die ursprüngliche Fassung. Aber selbstverständlich kann man das, da dieses Zeitfenster abgelaufen ist, jetzt herausstreichen. Denn es ist eigentlich nur noch ein Pa-

piertiger. Aber der Entscheid, dass man das nicht mehr über die Gemeindeentschädigung macht, ist bereits früher gefallen. Auch über den Punkt der allfälligen Differenzzahlung hat der Einwohnerrat schon vor geraumer Zeit befunden.

Sollte es inhaltliche Fehler haben, dass man Behörden oder irgendwelche Zugehörigkeiten falsch genannt hat, dann ist der Gemeindepräsident sehr dankbar, wenn er dies aufnehmen kann. Das wird selbstverständlich korrigiert.

Dann ist der Punkt gefallen, dass man neben den Änderungen der vorliegenden Vorlage, das Reglement auch grundsätzlich prüfen und überarbeiten sollte. Der Gemeinderat erhielt vom Einwohnerrat in der letzten Legislatur die Hausaufgabe, die gebundenen Ausgaben der Gemeinde zu prüfen. Der Gemeinderat ist diesem Anliegen nachgekommen mit der Haushaltüberprüfung II (HÜP II). In die HÜP II hat der Gemeinderat auch das Vergütungsreglement aufgenommen und dem Einwohnerrat verschiedene Punkte aufgezeigt, bei welchen Spielraum besteht und über welche befunden werden kann. Das Paket hat der Einwohnerrat an die GRPK zur Beratung überwiesen.

Der Gemeindepräsident ist der Ansicht, es sei sinnvoller diese Punkte zu diskutieren. Die Frage ist einfach: was machen wir? Das HÜP II-Paket ist noch nicht verabschiedet von der GRPK beziehungsweise der Einwohnerrat hat darüber noch nicht befunden. Er möchte hier eine Klammer öffnen: Der Gemeinderat würde es begrüßen, wenn es der GRPK möglich wäre, das zeitnah anzuschauen. Einfach damit die Punkte, welche in diesem Paket inkludiert sind, auch ihre Aktualität behalten. Der Gemeinderat hat in Zusammenhang mit HÜP II verschiedene Reglemente und Verordnungen, welche er, je nach dem wie das verabschiedet wird im Rat, anschliessend überarbeiten muss. Die Idee war eigentlich auch, je nach dem wie die Entscheidung zu HÜP II fällt, das Vergütungsreglement zu überarbeiten. Die jetzige Änderung, welche vorliegt, ist nur eine Teilrevision und hat den Ursprung im Entscheid, dass die Entschädigung der Feuerwehr nicht mehr im Feuerwehrreglement, sondern in diesem Dokument enthalten sein soll und hat auch, rein von der Aktualität her, eine gewisse Dringlichkeit.

Kurz um: der Gemeinderat würde es begrüßen, wenn die beantragten Punkte im Rahmen der Teilrevision des Reglements behandelt werden und man dieses Reglement gemäss Vorschlag in Kraft setzen könnte. Er würde es zudem begrüßen, wenn in einem zweiten Schritt die HÜP-Massnahmen in der GRPK und danach im Einwohnerrat behandelt werden und der Gemeinderat sich anschliessend dahinter machen kann alle betroffenen Reglemente, gemäss Beschlüssen des Einwohnerrats, anzupassen.

Detailberatung gemäss Synopse

§ 2

keine Wortmeldung

§ 4 Abs. 2

keine Wortmeldung

§ 4 Abs. 7

keine Wortmeldung

§ 5

keine Wortmeldung

§ 12 diverse Absätze

keine Wortmeldung

Präsidentin Susanne Tribolet, SP fasst zusammen, dass sie keine Anträge gesehen habe. Sie fragt nochmal nach, ob es Anträge gibt.

Gaida Löhr, SP merkt an, dass sie einige Sachen beim Eintreten gesagt habe. Diese hat sie nun nicht nochmals wiederholt.

Die Präsidentin bittet *Gaida Löhr* um eine schriftliche Formulierung der Anträge.

Christoph Maier, FDP schlägt vor eine kurze Pause einzulegen bis die SP soweit ist, ihre Anträge in einer Klarheit zu formulieren, die es dem Rat erlaubt darüber abzustimmen.

Rahel Bänziger, Grüne stimmt diesem Vorschlag zu. Sie möchte zudem nochmals darum bitten, dass der Rat für die 2. Lesung eine bereinigte Version des Reglements vorgelegt bekommt. Nicht nur, was die Teilrevision betrifft, sondern auch insgesamt. Denn es wird dann auch über das Reglement beschlossen.

Sven Inäbnit, FDP weist darauf hin, dass eine zweite Lesung nicht zwingend sei. Dafür muss zuerst ein Antrag gestellt werden und der Rat muss über eine zweite Lesung befinden.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP kommt auf den Antrag einer Kurzpause zurück und beschliesst eine 3-minütige Pause.

Die Präsidentin setzt die Sitzung fort. Die Anträge der SP liegen nun schriftlich vor und es kann zur Abstimmung geschritten werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst grossmehrheitlich die Aufnahme der Stimmenzähler und der Feuerwehr in § 2.

Neu lautet der § 2: Dieses Reglement regelt die Jahresgrundvergütungen und die Vergütungen nach Zeitaufwand für Mitglieder von Behörden, Fachbehörden (Schulräte und Sozialhilfebehörde, Wahlbüro, Stimmenzähler/innen), Kontrollorganen, Feuerwehr und beratenden Kommissionen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst grossmehrheitlich die Streichung des § 4 Abs. 5.

Thomas Häfele, FDP fragt nach, ob man in diesem Sinn nicht auch noch über § 12a Übergangsbestimmungen abstimmen müsste oder über diese beiden Punkte allenfalls kombiniert hätte abstimmen sollen.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP hat einen entsprechenden Antrag der SP vorliegen und lässt als nächstes über die Streichung des § 12a abstimmen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst grossmehrheitlich die Streichung des § 12a.

Die Präsidentin erklärt, dass die drei Anträge von *Gaida Löhr* damit behandelt seien. Sie fragt nach, ob es weitere Anträge gibt.

Stefan Kaiser, FDP hat zwei Anträge der SP notiert und möchte wissen, welches der dritte Antrag war. Der Erste war § 2, der Zweite war § 4. Was war der dritte Antrag?

Präsidentin Susanne Tribolet, SP zählt die drei Anträge nochmals auf: Der Erste war die Aufzählung der Stimmenzähler und der Feuerwehr in § 2., der Zweite war die Streichung von § 4 Abs. 5 und der dritte Antrag war die Streichung des § 12a. Also an zwei Orten eine Streichung.

Thomas Hafner, CVP fragt nach, ob man dann korrekterweise nicht auch den § 5 Abs. 2 streichen müsste.

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Streichung des § 5 Abs. 2 mit zwei Enthaltungen.

Rahel Bänziger, Grüne hat noch eine Frage. Die Pikettentschädigung Tagesvergütung beträgt 55 Franken. Das müsste der Rat auch heute entscheiden. Die Votantin findet das aber nicht in der Vorlage des Gemeinderats. Ist dies eine Änderung?

Auf Rückfrage der Präsidentin präzisiert *Rahel Bänziger* ihre Frage. In § 6 Abs. 6 steht: Die Pikett-Tagesvergütung beträgt CHF 55.00, gemäss Beschluss des Einwohnerrats. Das wäre heute. Aber sie findet nichts dazu in der Vorlage des Gemeinderats. Ist das eine neue Festsetzung oder ist das die alte Pikettvergütung pro Tag von 55 Franken?

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, dass dies keine Anpassung sei. Das war bisher so und bleibt auch so.

Rahel Bänziger, Grüne stellt den Antrag auf eine zweite Lesung. Es wurden inzwischen so viele Sachen geändert und verschoben, sodass es für sie sauberer wäre, wenn der Rat eine Tischvorlage erhalten würde mit allen Änderungen, die heute beschlossen wurden. Inhaltlich wurde bereits klar, dass alle einverstanden sind mit der Aufnahme der Feuerwehr und des Solds der Feuerwehr. Inhaltlich gibt es keine Differenzen mehr. Die Votantin möchte aber trotzdem in der Dezembersitzung eine Tischvorlage erhalten mit allen Sachen, die bereinigt sind. Damit dort eine kurze zweite Lesung durchgeführt und die Vorlage definitiv und sauber verabschiedet werden kann. Sie stellt den Antrag auf eine zweite Lesung.

Sven Inäbnit, FDP unterstützt eine zweite Lesung nicht. Diese paar Streichungen sollte man intellektuell bewältigen können, ohne dass noch eine Tischvorlage erarbeitet und traktandiert werden muss. Die FDP ist der Meinung, dass eine Schlussabstimmung vorgenommen werden kann.

Rahel Bänziger, Grüne möchte auf das Votum von *Sven Inäbnit* antworten. Es geht nicht darum, dass sie intellektuell nicht fähig wäre, die Anträge in ihr visuelles Vorstellungsvermögen zu integrieren. Aber es wäre aus der Sicht der Votantin einfach sauberer, es so zu machen.

Simone Abt, SP schliesst sich *Rahel Bänziger* an. Die Art und Weise, wie das Geschäft heute hier behandelt wurde, spricht überhaupt nicht dafür, dass dieses Geschäft bereits spruchreif ist. Eine zweite Lesung ist keine grosse Sache und könnte in 10 Minuten durchgeführt werden, wenn eine saubere Vorlage vorliegt.

Christoph Maier, FDP wollte eigentlich unterstützen, dass auf eine zweite Lesung verzichtet wird. Aber aufgrund der Antwort des Gemeinderats in Bezug auf § 6 Abs. 6 muss der Votant sagen, dass er das im bisherigen Reglement nicht finde. Es mag möglicherweise dem bisherigen Feuerwehrreglement entsprechen, aber das hätte transparent in der Synopse dargelegt werden müssen. Deswegen spricht der Redner sich für eine Bereinigung der Vorlage gemäss den heutigen Beschlüssen aus. Anschliessend kann das Reglement innert kurzer Zeit, möglichst an der nächsten Sitzung im Dezember, verabschiedet werden.

Roman Oberli, SVP beantragt, dass man nicht mehr Nettigkeiten austauscht, sondern über den Antrag von *Rahel Bänziger* abstimmt..

Die Präsidentin geht zur Abstimmung über. Zur Annahme des Antrags von *Rahel Bänziger* bedarf es eines einfachen Mehrs.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit 21 Ja zu 18 Nein eine 2. Lesung des Vergütungsreglements.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP erläutert, dass heute auf eine Schlussabstimmung verzichtet wird. Diese wird nach der zweiten Lesung vorgenommen. Sie hofft, dass die Vorlage für die zweite Lesung bald vorliegt.

Rahel Bänziger, Grüne möchte darauf zurückkommen, dass sie für die zweite Lesung eine Zusammenstellung der HÜP Massnahmen, welche das Vergütungsreglement betreffen, zugestellt haben möchte. Einfach als Vorbereitung für die zweite Lesung.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP fragt nach, ob es sich dabei um einen Wunsch oder um einen Beschluss handle. Er wäre sehr froh, wenn man darüber abstimmen würde, denn es kam von der einen Seite der Wunsch einer Totalrevision, aber über dieses Thema wurde nicht abgestimmt. Angesagt ist eigentlich, gemäss Beschluss, dass es eine zweite Lesung gibt und das ist inhaltlich das, was man davor an Korrekturen beschlossen hat. Für den Gemeinderat ist es wichtig zu wissen, was der Wunsch ist. Möchte man eine Totalrevision und aus diesem Grund eine Zusammenstellung der HÜP Massnahmen? Besteht auch der Wunsch, dass der Gemeinderat noch weitergehende Informationen für den Rat aufbereitet, oder der Gemeindepräsident hat den Gedanken aufgeworfen, dass man zuerst HÜP II behandelt, in welchem unter anderem die Punkte enthalten sind und danach an die Überarbeitung der Reglemente geht.

Thomas Hafner, CVP kann nur für die CVP-Fraktion sprechen. Die CVP möchte eine zweite Lesung für die Teilrevision ohne noch irgendetwas Zusätzliches reinzupacken. Sie wünscht sich, die zweite Lesung mit diesen Sachen abzuschliessen, damit es eine saubere Sache gibt. Man hat uns informiert, dass das Reglement später mit den HÜP II Massnahmen bereinigt werden muss und es ist der CVP bewusst, dass das noch eine Weile dauern kann.

Rahel Bänziger, Grüne verzichtet auf Nachfrage der Präsidentin auf einen konkreten Antrag. Sie möchte aber ergänzen, dass im Büro gewisse Sachen besprochen und gewisse Wünsche angebracht wurden, auch für heute Abend. Im Büro herrschte Konsens. Diese Sachen lagen nicht vor. Es war ein Wunsch, welcher im Büro geäussert wurde, dass der Rat die Zusammenstellung erhält. Es gab keine Opposition von Seiten des Gemeinderats und deswegen ist die Votantin davon ausgegangen, dass es klar ist. Sie ist etwas verwundert, dass Sachen, welche im Büro besprochen wurden, schlussendlich nicht vorliegen. Die Rednerin zieht ihren Antrag zurück und denkt, dass man diesen Punkt vielleicht nochmal intern besprechen sollte. Es geht ihr darum, dass in der zweiten Lesung die Änderungen mit der Feuerwehr gesprochen werden, so wie bereits erwähnt. Das Andere wäre einfach hilfreich gewesen. Wenn sich der Gemeinderat dagegen sträubt, kann die Votantin darauf verzichten.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bekundet etwas Mühe mit den Ausführungen von Rahel Bänziger. An der Büro-Sitzung wurde darüber gesprochen: ja. Es wurde der Wunsch geäussert, dass man diese Unterlagen einmal zusammenstellt. Die Präsidentin hat an der Büro-Sitzung sogar gefragt, ob bis heute Abend und darauf antwortete Rahel Bänziger mit nein. Sie wünsche sich einfach, dass man das einmal zusammenstellt. Aus diesem Grund hat niemand gesagt, es müsse heute Abend aufliegen. Der Gemeindepräsident bittet Rahel Bänziger ihm zu sagen, was der Gemeinderat sonst unterlassen hat in Bezug auf das, was beschlossen wurde.

Zum zweiten Punkt: Der Gemeinderat braucht einen offiziellen Auftrag. Das Büro kann nicht beschliessen, ob man eine Totalrevision machen möchte oder nicht. Die HÜP-Unterlagen haben alle Einwohner-ratsmitglieder, und sie sind auch auf der Homepage aufgeschaltet. Wenn das ein persönlicher Wunsch

ist, dann stellt der Gemeinderat dies gerne zusammen. Der Gemeindepräsident hat sich das auch notiert, da es an der Büro-Sitzung gefallen ist. Aber es hiess nicht bis heute Abend. Wenn das jetzt hier so gesagt wird, weil das vorher andiskutiert wurde, dann muss der Gemeinderat klar wissen wie er sich vorbereiten muss. Es wird nicht einfach eine Liste abgegeben, aufgrund welcher sich danach die Diskussion in eine Richtung entwickelt, auf welche der Gemeinderat nicht vorbereitet ist.

Rahel Bänziger, Grüne denkt, dass sie an gewissen Orten falsch verstanden wurde. Aber das würde die Sitzung nur in die Länge ziehen. Die Votantin wird den Punkt noch mit Mike Keller besprechen, da er an einem Punkt falsch verstanden hat, was sie gemeint hat.

Traktandum 6

Nr. 208/XI

Postulat SVP-Fraktion ‚Keine Klöpfer mehr für Binniger Schüler?‘

Jürg Blaser, SVP hält zuerst fest, dass die SVP-Fraktion von der Antwort des Gemeinderats auf ihr Postulat sehr enttäuscht war. Keine der Fragen wurde beantwortet. Die SVP-Fraktion fühlt sich vom Gemeinderat daher nicht ernst genommen. Anstatt einen Fehler zuzugeben, wird eine unglückliche Formulierung bei der Ausschreibung vom 12. Mai 2016 vorgeschoben. Dabei steht dort klipp und klar: kein Schweinefleisch. Es wäre ehrlicher gewesen, zuzugeben, dass man sich einmal mehr dem neuen Trend unterworfen hat, bei der sich eine Mehrheit einer Minderheit unterordnen muss. Bei dieser Ausschreibung ging es nicht darum, den Aufwand des Caterers im Rahmen zu halten oder Alternativen aufzuzeigen, wie von Bernard Keller behauptet wurde, sondern schlichtweg um eine falsch verstandene Rücksichtnahme, was gleichbedeutend ist mit Kapitulation. Die SVP-Fraktion besteht darauf, dass ihre Fragen im Postulat beantwortet werden, damit sichergestellt ist, dass solche sogenannten unglücklichen Formulierungen zukünftig ausgeschlossen werden und damit eine erhöhte Sensibilität bei Ausschreibungen an den Tag gelegt wird. Zudem ist die Binniger Bevölkerung via Medien, insbesondere im Binniger Anzeiger, über den abschliessenden Standpunkt des Gemeinderats bezüglich ihrer Aussage - es gäbe am Binniger Mittagstisch kein Schweinefleischverbot - zu orientieren. Das ist bisher nicht passiert. Gleichzeitig wäre auch eine Entschuldigung angebracht, da diese Angelegenheit viel Verunsicherung und Unbehagen in der Bevölkerung ausgelöst hat. Aus diesen Gründen beantragt die Fraktion der SVP Binnigen das Postulat zu überweisen.

Karin Glaser, Grüne erklärt, dass es für die Grünen ein Sturm im Wasserglas sei. Es tönt fast so, als ob die Kinder nun mit Klöpfer abgespeist werden in diesem Mittagstisch. So ist es natürlich nicht. Die Idee ist nach wie vor, dass sie gesund und ausgewogen ernährt werden, mit Schweinefleisch, ohne Schweinefleisch, mit Fleisch, ohne Fleisch. Solange die Kinder, welche Schweinefleisch nicht essen dürfen, nicht essen sollen oder nicht essen können, eine Alternative erhalten – was auch immer – ist das für die Fraktion der Grünen ok. Für die Votantin ist es irgendwie wirklich ein Sturm im Wasserglas. Die Grünen überweisen nicht.

Marc Schinzel, FDP redet persönlich für sich. Er wird den Überweisungsantrag der SP unterstützen mit folgender Begründung: Zuallererst findet es der Votant nicht ganz respektvoll, dass der Gemeinderat das Postulat nicht beantworten und in diesem Sinn nicht überweisen möchte mit der Begründung, dass in den Medien bereits alles gesagt wurde. Er findet, man müsse den Grundrespekt vor dem Parlament und dem parlamentarischen Vorstoss haben, eine Antwort nicht über die Medien zu geben, sondern sich die Mühe zu machen, das Postulat ordnungsgemäss, sauber, klar und transparent zu beantworten. Das erwartet er und ist ihm ein Anliegen, gerade jetzt zu Beginn einer neuen Legislatur.

Zweitens: Inhaltlich ist das SVP-Anliegen für den Redner legitim. Der Gemeinderat sagt selbst, und hat es auch in den Medien bereits gesagt, dass die Ausschreibung sogenannt unglücklich formuliert wurde. Er meint, es wurde sogar falsch formuliert. Es wäre eigentlich ganz einfach gewesen. Die einfachste Lö-

sung wurde nämlich gar nicht gewählt und das kann der Votant nicht verstehen. Denn es wäre die einfachste Lösung gewesen, die Ausschreibung so zu machen wie bisher. Dass man einfach Fleisch generell zugelassen und gar nichts zu den Sorten des Fleisches gesagt hätte. Nichts verändern und alle Fleischarten zulassen und dann Ausnahmen machen für die, welche aus irgendwelchen persönlichen Gründen, auch aus religiösen Gründen, selbst kein Schweinefleisch essen möchten. Man macht dies auch bei den Vegetariern und Veganern. Das wäre die einfachste Lösung gewesen. Die hat man aber nicht gewählt.

Drittens glaubt der Votant auch, dass man die tieferliegende Problemantik nicht verharmlosen oder übersehen sollte. Es gibt nämlich eine Tendenz - der Redner geht davon aus, dass alle wissen was er damit meine -, dass religiös motivierte Sonderregelungen aus dem Kreis des politischen Islams, des Islamismus und des Salafismus der Allgemeinheit schleichend und auf kaltem Weg aufoktroyiert werden sollen. Wer dies genauer sehen möchte, kann sich auch beispielweise an einer Frau Saida Keller-Messahli orientieren, die seit Jahren das Phänomen studiert und sich sehr genau kundig macht. Der Redner ist dagegen, dass man das auf diesem schleichenden, kalten Weg macht. Wir haben immer noch Erlasse und Regelungen, die demokratisch legitimiert und abgestützt sind und so beschlossen werden sollen.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP bittet den Votanten zum Postulat zurück zu kommen.

Marc Schinzel, FDP ist der Meinung, das erfordere auch eine transparente Antwort, in welcher man von Seiten des Gemeinderats klar sagt: Nein, das wollen wir nicht. Er glaubt auch nicht, dass das irgendwie böser Wille von jemandem war. Man sollte es aber nicht einfach verharmlosen. Deswegen unterstützt der Redner den Antrag der SVP auf Überweisung.

Roman Oberli, SVP möchte Karin Glaser ein wenig widersprechen. Wenn man sagt, man müsse auf Minderheiten Rücksicht nehmen, dann kann man genau so gut sagen, man müsse vegane Alternativen anbieten und zum Beispiel auch Alternativen für Laktoseintoleranz und für Glukoseintoleranz. Das wird alles nicht gemacht. Deswegen findet es der Votant sehr fragwürdig, dass man das unglücklich formuliert habe.

Simone Abt, SP fand das Geschäft eigentlich etwas übrissen respektive aufgeblasen. Mittlerweile wurde aber so viel dazu gesagt, dass es schon fast wieder eine Dimension annimmt bei der man etwas dazu sagen muss. Die Rednerin hat nicht den Eindruck gewonnen, dass diese Ausschreibung ein Politikum war. Sie hat in der Tat das Gefühl, dass hier etwas ungeschickt gelaufen ist. Sie kann sich auch nicht vorstellen, dass ein Verbot von Schweinefleisch damit gemeint war. Die Idee war vielleicht eher, dass man die Präferenzen der Leute etwas angeschaut hat, denn man hatte Erfahrungen der Mittagstische. Was wurde gewählt, was weniger? Es kann sein, dass Schweinefleisch oder Klöpfer oder was auch immer, nicht der Renner war und man deswegen, im Sinne einer Vereinfachung, gewisse Sachen weggelassen hat. Entscheidend ist nach Meinung der Votantin, auch das wurde bereits von Karin Glaser gesagt, dass Jeder, der irgendeine Art von Fleisch oder Fisch nicht möchte oder nicht essen kann, dies weglassen und sich mit dem vegetarischen Menu verköstigen kann. Alles andere ist ein Politikum aus etwas gemacht, was gar kein Politikum sein will. Ehrlich gesagt, wenn es dann so ist, dass man Schweinefleisch essen muss, dann fühlt sich die Rednerin in Zeiten der Spanischen Inquisition zurückversetzt. Denn damals musste man das als Gewissensprüfung machen. Wer es nicht gegessen hat, ist grosse Gefahr gelaufen auf dem Scheiterhaufen zu landen. Sie möchte in Binningen keine solchen Andeutungen. Ein vegetarisches Menu ist gut. Aber ansonsten plädiert die Votantin, den Markt schaffen zu lassen. Sonst seien sie doch auch dafür.

Andrea Alt, CVP erläutert, dass auch die CVP dafür sei, das Postulat nicht zu überweisen. Die CVP ist der Meinung, dass die Gemeinde sehr unglücklich formuliert, den Fehler aber eingesehen habe. Es ist klar, dass Schweinefleisch in der Schweiz nicht vom Tisch wegzudenken ist. Die Fraktion bedauert vor allem, dass das Thema in den Medien so aufgekommen ist und Binningen wieder negativ in den Schlagzeilen

war. Die Diskussion wurde aus Sicht der CVP geführt und das Thema ist für sie vom Tisch, das Schweinefleisch hoffentlich nicht.

Peter Heiz, FDP empfindet das Votum von Simone Abt als groteske Verkennung der Tatsachen. Es kann keine Rede davon sein, dass jemand gezwungen wird Schweinefleisch zu essen, schon gar nicht Klöpfer. Es ist in unserem Kulturkreis so, dass der Klöpfer halt ein Kulturgut ist, wie zum Beispiel in Bayern das Bier. Der Klöpfer ist mehr als ein Nahrungsmittel. Die Kreise, welche sich dem Fleischkonsum in gewissen Jahreszeiten freiwillig enthalten, also Ramadan einhalten, können, wenn es Fleisch gibt, auch freiwillig darauf verzichten und etwas mehr Gemüse essen oder Kartoffeln oder was sie dürfen. Der Votant möchte es kurz sagen und einen alten, bekannten Schnitzelbank zitieren, welcher sagte:

«Wär Hunger het, holt s Brot bi de Binnerer Begge
Wär e Klöpfer nit isst, sell drzue e Stägge stegge.»

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, dass es heute darum gehe, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Normalerweise wird ein Postulat erst beantwortet, wenn es überwiesen wurde. Der Gemeinderat hat es in der vergangenen Zeit auch schon umgekehrt gemacht und wurde dafür vom Einwohnerrat kritisiert. Jetzt hat er es versucht richtig zu machen, nach der Form eines Postulats. Und das muss zuerst eingereicht werden und dann muss der Rat darüber beschliessen, ob es überwiesen wird oder nicht. Wenn es überwiesen wird, wird der Gemeinderat die Fragen sehr gerne beantworten. Und so entspricht es dem richtigen Ablauf.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Damit kommt der Einwohnerrat zur Abstimmung. Die Präsidentin stellt die Frage analog zum Antrag des Gemeinderats: Wer das Postulat nicht überweisen möchte, nimmt die grüne JA-Karte.

24 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen stimmen gegen die Überweisung, während 15 dafür sind.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, das Postulat nicht an den Gemeinderat zu überweisen.

Traktandum 7

Nr. 13

Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungserläuterungen

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP bittet um Wortmeldungen zum Traktandum 7.

Postulant Marc Schinzel, FDP macht es kurz. Er sieht mit Genugtuung, dass der Gemeinderat das Postulat überweisen möchte. Der Votant findet das natürlich gut und unterstützt den Antrag, da er das Postulat selbst eingereicht hat. Er denkt es ist notwendig, dass man einen Schritt macht. Das Problem ist eindeutig präsent. Vielen Dank für die positive Haltung des Gemeinderats.

Gaida Löhr, SP empfindet den Wortlaut des Titels gut: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungserläuterungen. Das könnte die SP sofort unterschreiben. Wenn die Rednerin dann wiederholt liest „der links-grüne Gemeinderat“, hat sie das Gefühl, es ginge vor allem darum, einem links-grünen Gemeinderat der Vergangenheit an den Karren zu fahren. Das findet sie schon weniger schön. Wenn es darum geht, eine deutliche Abstimmungsniederlage jetzt noch etwas zu schönen, indem man sagt, es lag am Abstimmungsbüchlein, dann findet das die Votantin überhaupt nicht schön. Und dann fragt sie sich, ob letztlich

dieser links-grüne Gemeinderat verschiedene Abstimmungsbüchlein verschickt hat. In ihrem Büchlein stand nicht das, was im Postulat steht. Die Rednerin wurde völlig überrascht. Sie hatte nicht 15 Seiten Ja und 4 Seiten irgendetwas anderes. Bei ihr sah das deutlich anders aus. Dass zum Beispiel der Initiativtext wahrscheinlich die Meinung der Initianten wiedergibt, findet sie noch relativ logisch. Er gehört auch in die Vorlage, denn sonst wüsste man nicht, über was abzustimmen ist. Das Inhaltsverzeichnis ist wahrscheinlich auch nicht unbedingt verdächtig, die Titel auch nicht, die Idee wie man abstimmen muss auch nicht, und dass die Wiedergabe der Einwohnerratsdebatte etwas ungleich ausgefallen ist, hat vielleicht damit zu tun, dass von der Gegnerschaft auch nur zwei Argumente kamen. Diese zwar repetitiv immer wieder, aber das kann ja im Abstimmungsbüchlein nicht genauso repetitiv stehen.

Die Votantin hat das Abstimmungsbüchlein nicht gleich gesehen und findet aus diesem Grund, dass das Postulat etwas seltsam in der Landschaft stehe. Die SP wird sich nicht für eine Überweisung aussprechen. Selbstverständlich ist die Fraktion grundsätzlich für ausgewogene Abstimmungserläuterungen. Die Votantin kann zudem alle beruhigen, es gibt keine links-grüne Mehrheit mehr im Gemeinderat, im Kanton und im Bundesrat auch nicht. Also üblicherweise sind es eher wir, die nicht ganz zufrieden sind. Aber so stark der Wunsch eigentlich ist, sieht die SP keinen Handlungsbedarf und wird nicht überweisen.

Anand Jagtap, Grüne führt aus, dass neutral formulierte und auch so wahrgenommene Abstimmungserläuterungen wohl etwas vom Schwierigsten seien, was es gäbe. Dazu braucht es viel Fingerspitzengefühl und Sensibilität. Unabhängig vom vorliegenden Einzelfall – es waren nämlich auch schon andere politische Lager betroffen – ist die Grüne-Fraktion der Meinung, dass alles unternommen werden sollte, um ausgeglichene Informationen zu ermöglichen. Die Grünen stimmen daher einer Überweisung des Postulats zu und sind bereits heute gespannt darauf zu hören, was der Gemeinderat zu unternehmen gedenkt, um die Qualität der Abstimmungserläuterungen ganz im Allgemeinen hoch zu halten.

Patricia Bräutigam, CVP teilt mit, dass, nach Meinung der CVP, die Stimmbürger das Recht hätten, von offizieller Seite sowohl über Pro- als auch über Contra-Argumente zu Abstimmungsunterlagen informiert zu werden. Die Behörden sind verpflichtet sich sachlich, transparent und verhältnismässig über Abstimmungen zu äussern. Deswegen sollten beide Seiten gleichermassen viel Platz haben, um ihre Argumente in solchen Abstimmungserläuterungen darzulegen. Aus diesem Grund wird die CVP dem Antrag zustimmen, unabhängig von dieser Initiative. Es geht um allgemeine Abstimmungen.

Roman Oberli, SVP möchte gerne eine Klarstellung machen bezüglich des Votums von Gaida Löhr. Die Gegner der Initiative haben schon während des Abstimmungskampfes gesagt, dass es eine unausgewogene Abstimmungsbroschüre sei. Deswegen kann der Redner die Unterstellung so nicht stehen lassen, dass sie da als schlechte Verlierer dastehen. Er weiss nicht, was Gaida Löhr für eine Zeitung gelesen hat, vielleicht den Binniger Anzeiger, aber der Votant sieht am Schluss der Abstimmungsbroschüre die Ja-Empfehlung des alten Rats ganz klar grösser geschrieben und in blau gedruckt, im Gegensatz zu den Nein-Argumenten. Es wundert ihn, weil normalerweise, wenn das Gegenteil der Fall gewesen wäre, wäre gerade die SP bekannt dafür sich in die Opferrolle zu stellen.

Postulant Marc Schinzel, FDP möchte die Diskussion nicht gross verlängern. Er möchte einfach nur kurz zum Votum von Gaida Löhr Stellung nehmen. Es überrascht den Redner schon sehr, dass ausgerechnet die SP nach der Abstimmung nochmal den Abstimmungskampf bringt, anhand dieser Vorlage. Denn genau das möchte diese Vorlage nicht. Wir möchten in die Zukunft schauen. Deswegen wurde der Vorstoss gemacht. Es wurde nicht in den Abstimmungskampf eingegriffen, sondern das Thema wurde bewusst in einem allgemeinen Vorstoss untergebracht, damit man es allgemein und auf die Zukunft hin regeln kann. Die Grünen haben es richtig gesagt, es gab schon andere Probleme. Es mussten bereits Abstimmungen wiederholt werden, weil das Kantonsgericht diese Abstimmung aufgehoben hat - Werkhof. Es ist absolut notwendig, dass man jetzt vielleicht genauere Richtlinien oder Vorstellungen hört, wie man solche Probleme in Zukunft vermeiden möchte.

Philippe Spitz, SP glaubt, dass das Ziel unbestritten sei. Es steht auch so im Gesetz und ist eigentlich klar. Insofern suggeriert wird, dass ein ständiges Versagen vorliegt: Das kann man so aus Sicht des Redners nicht sagen. Das mit der Werkhofabstimmung stimmt natürlich. Wenn es so schlimm war, wieso hat man dann keine Beschwerde gemacht? Das steht schon im Raum. Als Jurist fragt sich der Votant, ob die Beschwerdefrist verpasst wurde. Es wirkt schon ein wenig wie ein schlechter Verlierer. Es sieht so aus, wie wenn der FCB mal verloren hätte und danach den Ball wieder ins Tor redet. So kommt es einem schon vor. Und mit einem Schmunzeln: Offenbar waren die besten Argumente im Abstimmungsbüchlein versteckt und wurden gar nicht in den Abstimmungskampf aufgenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird mit 29 Ja zu 9 Nein und einer Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 88/XI

Modifikation Gemeindeordnung Art. 41, Zwischenbericht der GRPK

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP stellt den Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) vor. Er entschuldigt sich zu Beginn dafür, dass seine Stimme noch etwas schlecht sei. Er war in den letzten Tagen krank.

Es wurde bereits im Jahr 2015 festgestellt, dass die Gemeindeordnung Binningen mit den neuen kantonalen Rechnungslegungsregeln HRM2 nicht mehr vereinbar ist. Die Geschichte hat sich anschliessend in die Länge gezogen. Man hat das Geschäft an die GRPK überwiesen mit dem Auftrag, eine Lösung zu finden, wie man zu einem Entwurf einer neuen, revidierten Bestimmung von § 41 der Gemeindeordnung kommen könnte. Paragraph 41 der Gemeindeordnung setzt die Grundsätze der Haushaltsführung, insbesondere einer wirksamen Schuldenbremse, fest. Danach wurde ein Entwurf des Gemeinderats vorgelegt, das ist alles schon ziemlich lange her. Dieser wurde aber als zu wenig stringent und konkret und auch einfach angeschaut, um es dem Stimmbürger so zu unterbreiten, damit dieser die technisch sehr anspruchsvolle Materie begreift. Es ist nämlich so, dass eine Revision der Gemeindeordnung zwingend eine Volksabstimmung bedingt.

Die Zielsetzung ist und bleibt, dass man in der Gemeindeordnung weiterhin eine wirksame Schuldenbremse verankert hat. Deswegen hat die GRPK kurzfristig - das ist auch der Grund, weshalb das Geschäft hier noch behandelt wird - in ihrer letzten Sitzung vom 26. Oktober das Problem wieder angesprochen. Man kam im Rahmen der Budgetbesprechung auf das Thema zu sprechen. Daraus ist der Vorschlag entstanden, dass man die ganze Geschichte nicht auf der Stufe Gemeindeordnung löst, sondern eine Anpassung des Finanzreglements vornimmt. Dies scheint der GRPK die pragmatischere Variante und durchaus konform mit dem kantonalen Recht. Dadurch ist es möglich, den Artikel 41, welchen die GRPK unbedingt in dieser Form erhalten möchten, so beizubehalten.

Infolgedessen stellt die GRPK den Antrag, dass der Gemeinderat bis zum 30. Juni 2017 eine angepasste Version des Finanzreglements vorlegt, welches den Vorgaben des neuen Rechnungslegungsrechts entspricht. Ebenfalls soll sich der Gemeinderat dazu äussern, wie der Artikel 41 der Gemeindeordnung mit dem übergeordneten Recht konform bleiben kann. Und schliesslich hat man auch die Alternativen zu prüfen, nämlich eine projektbezogene Vorfinanzierung, welche allerdings eine Steuererhöhung bedingen würde, oder die Zurverfügungstellung der benötigten Infrastruktur durch Privatinvestoren.

Es ist auch so, dass es in dieser Sache eine Korrespondenz zwischen dem Gemeinderat und dem kantonalen Finanzdirektor, Anton Lauber CVP, gab. Allerdings kam diese nicht zu befriedigenden Ergebnissen.

Die GRPK ist der Meinung, dass auf dem Weg einer solchen Diskussion keine Lösung zu erreichen ist. Deswegen unterbreitet die GRPK dem Einwohnerrat dieses Geschäft entsprechend dem Antrag.

Anand Jagtap, Grüne führt aus, dass es sich bei der Neufassung des Artikels 41 der Gemeindeordnung um eine grundsätzliche Frage handle, nämlich um die Frage, wie sich die Gemeinde finanzieren soll. Das ist eine sehr politische Frage und muss fundiert und auf Grund aller denkbaren Varianten entschieden werden. Der Gemeinderat will die künftigen Investitionsvorhaben vor allem mit Fremdkapital finanzieren. Dabei ist nicht klar, wie und wann er das Geld, welches er ausleiht, wieder zurückzahlen möchte. Das ist vielleicht für den Moment die einfachste und bequemste Finanzierungsmöglichkeit, nur entspricht sie nicht unserer langjährigen Politik. Einer Politik notabene, mit welcher wir jahrelang gut gefahren sind. Binningen hat eine Neuverschuldungsbremse und das aus gutem Grund. Es gab eine Zeit in welcher Binningen viel Geld für die Tilgung von Schuldzinsen aufgewendet hat. Auch wenn die Zinsen momentan tief sind und das wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit nicht ändern wird, darf man sich dabei nicht von der eigentlichen Grundsatzfrage ablenken lassen. Mit Fremdkapital wird der Finanzierungsbedarf kurzfristig abgedeckt. Das Problem, dass wir das Geld momentan nicht haben, wird einfach auf später verlagert. Es ist eine Verschiebung des Problems auf der Zeitachse und keine Lösung. Es kommt dem Votanten manchmal so vor, als ob einem suggeriert wird, dass die anstehenden Investitionen mit Fremdkapital bereits finanziert sind. Tatsächlich ist es aber so, dass das Geld fehlt und irgendwann via Steuern fließen muss. Doch wer will das den Einwohner und Einwohnerinnen erklären? Wir müssen deshalb Transparenz schaffen. Darum verlangt die GRPK, dass sämtliche Varianten auf den Tisch kommen und nicht nur diejenige, die für die unmittelbare Umsetzung als einzig richtige Lösung erscheint. Aus diesem Grund unterstützen die Grünen sämtliche Anträge der GRPK und danken der GRPK für ihre Arbeit.

Simone Abt, SP greift die Voten ihrer Vorredner auf. Seit Mai 2015 ist das Geschäft 88 bei der GRPK. Die versucht allerdings schon seit 2, 3 Jahren eine Lösung für den § 41 zu finden. Bis jetzt ohne Erfolg, weil sich trotz wiederholter Diskussion für keinen Ansatz wirklich eine Mehrheit finden lässt. Mit diesem GRPK-Zwischenbericht wird wiederum der Gemeinderat in die Pflicht genommen eine Lösung zu finden. Wenn man ganz ehrlich ist, ist das Hin und Her ein gewisses Armutszeugnis, auch für die GRPK, in welcher die Rednerin seit über 3 Jahren selbst dabei ist. Sie darf das also sagen.

Grundsätzliche Bemerkungen zum Zwischenbericht: Der Sinn einer Schuldenbremse ist zwar auch für die SP durchaus einzusehen, aber die Fraktion ist trotzdem nicht begeistert von der Schuldenbremse an sich, weil Investitionen damit tendenziell verhindert werden. Von einer Schuldenbremse, bei welcher Investitionen mit Gegenwert ausgenommen wären, würde sie sich eher überzeugen lassen. Die SP möchte investieren können, weil in naher Zukunft kräftig investiert werden muss. Es genügt der Fraktion nicht, der kommenden Generation keine Schulden zu hinterlassen. Sie möchte auch keine Hypotheken, um mit diesem Bild weiterzureden, in Form von baufälligen alten Schulhäusern. Beschlüsse mit einer 2/3 Mehrheit für eine Investition entsprechen nicht unbedingt den Vorstellungen der SP von Demokratie. Sie unterstützen deswegen keine Lösung, welche darin bestünde, dass jede Investition mit 2/3 Mehrheit zu beschliessen wäre. Denn damit wird wirklich nicht mehr viel ermöglicht.

Konkret zum Zwischenbericht: Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung und die Anträge, möchte aber einige wenige Ergänzungen anbringen. Es gibt Antrag a, b und c. Bei Antrag a.) würde die SP am Schluss gerne noch einen halben Satz einfügen: [...] an die Vorgaben des neuen Rechnungslegungsrechts zu unterbreiten, einschliesslich einer Evaluation des Spielraums für die Investitionstätigkeit der Gemeinde. Das kann zum Beispiel durchaus über die Definition des Selbstfinanzierungsgrads passieren. Beim Antrag b.) wünscht sich die Fraktion zum Schluss ebenfalls das Einfügen eines Satzes mit dem gleichen Inhalt: [...] Dies mit besonderem Augenmerk auf die Ermöglichung dringend notwendiger Investitionen der Gemeinde. Also zweimal ein Hinweis auf den Investitionsbedarf und die Wichtigkeit, welche aus Sicht der SP diesem Blickwinkel zuzumessen ist. Dann Antrag c.): Da hat die Fraktion keine Ergänzungen, lediglich ein belustigtes Augenzwinkern, ob der Finanzierungsvariante b) Privatin-

vestoren, welche nicht unbedingt sehr greifbar erscheint, wenn die dringend notwendigen Investitionen in erster Linie Schulhäuser betreffen. Aber à la bonne heure, das winkt die Fraktion durch.

Die Anträge sind bereits bei der Ratspräsidentin deponiert. Mit diesen Ergänzungen unterstützt die SP die Anträge. Sonst müsste man sie einfach reininterpretieren. Die Partei erwartet auf jeden Fall die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen nach den Investitionen in der Vorlage des Gemeinderats.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich namens der CVP-Fraktion bei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und deren Präsident für den Zwischenbericht. Die CVP-Fraktion war sich bewusst, dass die Modifikation von Artikel 41 der Gemeindeordnung keine leichte Aufgabe werden würde. Man sprach sogar von einer Knacknuss. Die Angelegenheit ist, wie bereits gehört, bereits seit Mai 2015 bei der GRPK pendent. Eine Lösung des Problems wäre eigentlich überfällig. Eine Korrespondenz des Gemeinderats mit dem verantwortlichen Finanzdirektor Baselland verlief unbefriedigend. Es ist nicht zu erwarten, dass auf dem Weg einer Diskussion zwischen der kantonalen Finanzdirektion und der Gemeinde Binningen eine Lösung für das Problem gefunden werden kann.

Um das Geschäft weiterzubringen, empfiehlt die GRPK folgendes: Die Änderung des Finanzreglements unter der Beibehaltung des bisherigen § 41 in der Gemeindeordnung und die Prüfung der Alternativen zur Schuldenfinanzierung und dem Bericht. Der Zwischenbericht wurde in der Fraktion nur kurz besprochen. Die CVP war der Meinung, sie unterstütze das Vorgehen der GRPK. Die CVP-Fraktion wünscht aber ausdrücklich, dass der Gemeinderat den beantragten Termin vom 30. Juni 2017 einhält und dem Einwohnerrat bis zu diesem Datum eine entscheidungsreife Revision des Finanzreglements, im Punkt Anpassung der rechtlichen Grundlage der Gemeinde Binningen an das neue Rechnungslegungsrecht HRM2, vorlegt. Es ist sehr wichtig, dass die im Artikel 41 der Gemeindeordnung verankerte Schuldenbremse erhalten bleibt. Die GRPK soll aber vorab über die ins Auge gefasste Lösung des Gemeinderats informiert werden. Die CVP-Fraktion folgt allen Anträgen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Der Votant möchte trotzdem noch rasch anfügen: Mit der vergangenen Schuldenbremse, sie mag auch gewisse Nachteile haben, ist Binningen in letzter Zeit sehr gut gefahren. Die Gemeinde ist nicht umsonst eine relativ gut situierte Gemeinde.

Christoph Maier, FDP möchte im Namen der FDP-Fraktion kurz Stellung nehmen zu dieser Vorlage. Die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass der von der GRPK vorgeschlagene Weg ein pragmatischer Weg ist. Der Versuch, § 41 in kurzen Worten so anzupassen, dass alle damit einverstanden sind, ist gescheitert. Vielleicht ist es einfacher, wenn man mit etwas mehr Worten im Finanzreglement das, was schlussendlich alle möchten, nämlich die Beibehaltung der Schuldenbremse; wenn man das dort in einer pragmatischen Weise und in der notwendigen Ausführlichkeit machen kann. Dass dieser Weg erfolgsversprechender ist.

Der Votant möchte noch zwei Bemerkungen machen. Eine Bemerkung: Der Redner möchte Anton Lauber etwas aus der Schusslinie nehmen. Die angesprochene Korrespondenz betrifft nicht dieses Geschäft. Dies einfach zur Klarstellung. Das Zweite: Die vorgeschlagenen Abänderungsanträge der SP möchte der Votant persönlich nicht unterstützen, weil diese die notwendige Breite, welche diese Anträge jetzt haben, unnötig beengen würde. Er möchte dem Rat beliebt machen, dass man die Anträge, so wie sie von der GRPK vorgelegt wurden, auch verabschiedet.

Urs Brunner, SVP erläutert, dass die SVP die Anpassung der Gemeindeordnung an die neue Rechnungslegungsvorschrift des Kantons begrüsse. Die SVP bekennt sich zum wichtigen Instrument der Schuldenbremse. Die Fraktion wird den drei Anträgen der GRPK zustimmen.

Gaida Löhr, SP hat mit Erstaunen gehört, wie wichtig die Schuldenbremse sei und was diese in letzter Zeit alles gebracht habe. Da muss sie nachfragen: Was hat sie uns wirklich gebracht? Die Votantin kann sich nicht erinnern, dass irgendein Geschäft aufgrund der Schuldenbremse anders behandelt wurde, als es ohne gemacht worden wäre. Ausser, dass ein Budget einmal zurückgewiesen wurde – und das einfach nur für einen Monat, danach wurde es durchgewinkt –, kann sich die Rednerin an nichts erinnern. Sie hätte gerne eine Antwort darauf, ob aufgrund der Schuldenbremse je wirklich etwas anders gemacht

wurde. Jetzt wird seit 2 Jahren darum gekämpft eine neue Schuldenbremse einzubauen. Die Votantin sieht einfach nicht ganz ein wieso.

Stephan Meyer, FDP möchte eine Ergänzung anfügen zu Satz b): [...] die Erstellung der benötigten Infrastruktur durch Privatinvestoren. Hier geht es im Gegensatz zu staatlichen um private Investoren. Das können sehr wohl juristische Personen sein wie zum Beispiel Pensionskassen oder Versicherungen und wären dann sogenannte Public-private-Partnership. Diese Institutionen haben durchaus Interesse an solchen Investitionen und das sollte man prüfen.

Philippe Spitz, SP ist der Meinung, PPP sei ein interessantes Stichwort. Ob das hier angängig ist, ist noch die Frage. Der Votant kann den Anwesenden einen schönen Gruss des § 15 und § 101 des Bildungsgesetzes schicken. Auch wenn die Idee vielleicht interessant ist.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP kann von Seiten des Gemeinderats sagen, dass der Gemeinderat das Geschäft gerne zu sich nehmen würde. Respektive der Gemeinderat wäre froh, wenn der Einwohnerrat den Anträgen der GRPK zustimmen würde, damit der Ball wieder aufgenommen und das Thema, welches bereits länger liegen geblieben ist, weiterbearbeitet werden kann. Gemeinderat Christoph Anliker ist der Meinung, dass er aufgrund seiner Arbeit in der damaligen Subko weiss, in welche Richtung die Arbeit gehen soll. Die damalige Subko war von allen Parteien ausgeglichen. Alle Inputs der Parteien sind dementsprechend auch mitgekommen. Er hofft, dass eine Lösung präsentiert werden kann, die dem Einwohnerrat als Entscheidungsgrundlage weiterhilft.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP geht zur Abstimmung über. Es liegen zwei Ergänzungsanträge der SP vor über welche zuerst abgestimmt wird. Beim Antrag a) der GRPK geht es um die Ergänzung: [...] einschliesslich einer Evaluation des Spielraums für die Investitionstätigkeit der Gemeinde. Wer den Zusatz gerne aufnehmen möchte, soll dies mit der grünen JA-Karte bezeugen.

://: Der Einwohnerrat nimmt die Ergänzung des Antrags a) der GRPK nicht an. (13 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen)

Präsidentin Susanne Tribolet, SP kommt zum zweiten Antrag der SP. Bei Antrag b) der GRPK wird folgende Ergänzung gewünscht: [...] Dies mit besonderem Augenmerk auf die Ermöglichung dringend notwendiger Investitionen der Gemeinde. Wer den Antrag der SP unterstützt, soll dies mit Ja bezeugen.

://: Der Einwohnerrat lehnt die Ergänzung des Antrags b) der GRPK ab. (10 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltung)

Damit kommt der Rat zur Schlussabstimmung.

BESCHLUSS

://: a. Der Gemeinderat wird einstimmig beauftragt, dem Einwohnerrat bis zum 30.06.2017 eine neue Vorlage mit der Anpassung des Finanzreglements an die Vorgaben des neuen Rechnungslegungsrechts zu unterbreiten.

://: b. Der Gemeinderat soll sich zu der Beibehaltung des Art. 41 GO und dessen Anwendung im Einklang mit dem übergeordneten Recht äussern. (einstimmig)

://: c. Der Gemeinderat wird einstimmig beauftragt, Alternativen zur Schuldenfinanzierung der anstehenden Investitionsvorhaben der Gemeinde zu prüfen und dem Einwohnerrat bis zum 30.06.2017 zu berichten.

Traktandum 9

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP erläutert, dass unter dem Traktandum Diversa eine Mitteilung aus dem Gemeinderat vorliege, und zwar von Eva-Maria Bonetti.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti möchte eine kurze Information tätigen zum Brand vom 24. Juli. Am 24. Juli ist das Doppelhaus an der Kernmattstrasse 18/20, welches der Gemeinde gehört, zerstört worden. Es mussten Sofortmassnahmen zur Brandherdsicherung vorgenommen werden. Es bedurfte einer Gebäuderäumung und Massnahmen zur Einsturzsicherung. In einem ersten Schritt wurden unverzüglich einsturzgefährdete Bauteile, welche Passanten hätten treffen können, zurückgebaut. Gleichzeitig mussten glimmende Teile, private und zerstörte Mobilien, sowie Brandschutt entsorgt werden. In einem zweiten Schritt wurden die von Feuer und Wasser zerstörten Gebäudeteile bis auf die Aussenmauern und die innere statische Abstützung zurückgebaut. Die Arbeiten wurden im Rahmen der Versicherungsleistungen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung koordiniert und umgesetzt. Der Gemeinderat prüft zurzeit, ob die Errichtung eines Notdachs sinnvoll und sachdienlich ist. Da die Liegenschaft im Finanzvermögen bleibt, muss der Gemeinderat die anfallenden Kosten dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorlegen. Der Gemeinderat wird mit der Projektvorlage beziehungsweise im Rahmen der Liegenschaftsstrategie mit dem entsprechenden Nachtragskredit an den Einwohnerrat gelangen. Dies einfach als Info vorab.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP teilt mit: Am Freitag beginnt hier im Kronenmattsaal die 24. ARTE Binningen. Vielleicht trifft man den Einen oder die Andere da ebenfalls an.

Die Sitzung endet um 22.00 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 5. Dezember 2016, 19.30 Uhr, statt.